

Positionspapier

Fraktion Die Linke im Bundestag

Beschluss vom 3. September 2026



Demokratie erweitern, soziale Sicherheit erkämpfen

Gegen den autoritären Umbau: Rechtsstaat und Sozialstaat verteidigen und ausbauen

Rechte Parteien und Bewegungen sind weltweit auf dem Vormarsch. In Deutschland zeigt sich diese Rechtsentwicklung nicht nur an den Wahlerfolgen der AfD, sondern auch daran, dass Bund, Länder und Kommunen auf eine zunehmend repressive (Innen-)Politik setzen. Das hat zur Folge, dass demokratische Grundrechte massiv unter Druck geraten.

Auf kommunaler Ebene arbeitet die Union vielerorts schon jetzt mit der AfD zusammen. Dadurch verschiebt sich das politische Klima immer weiter nach rechts. Die Konsequenzen bekommen die Menschen bereits zu spüren. In Sachsen wurde zahlreichen Initiativen die Nutzung kommunaler Räume verweigert, zivilgesellschaftliche Projekte müssen um ihre Finanzierung bangen oder haben diese bereits verloren.

Die Polizeien in Bund und Ländern bekommen immer mehr Befugnisse, digitale Kommunikation zu überwachen, Datenbanken automatisiert auszuwerten und Fotos und Videos mit beliebig vielen Daten aus dem Internet abzugleichen. (Digitale) Überwachung entwickelt sich so zum gesellschaftlichen Normalzustand. Zugleich will die Bundesregierung das Informationsfreiheitsgesetz faktisch abschaffen. Damit greift sie die Pressefreiheit und das Recht der Öffentlichkeit, staatliches Handeln zu kontrollieren, frontal an. Den Geheimdiensten will Innenminister Dobrindt exekutive Befugnisse geben. Die Dienste, deren Handeln sich ohnehin kaum demokratisch überprüfen lässt, geraten damit vollends außer Kontrolle. Das Trennungsgebot, das eine Lehre aus den Verbrechen der Gestapo ist, soll abgeschafft werden.

Im Umgang mit Gaza-Protesten kommt es regelmäßig zu Versammlungsverboten, exzessiver Polizeigewalt, Sprachverboten und Festnahmen bei weitgehend friedlichen Demonstrationen. Es kommt zu Eingriffen in die Freiheit des Wissenschafts- und Kunstbetriebs, wenn etwa Künstler*innen ausgeladen, Räume für Veranstaltungen entzogen oder Protestcamps an Universitäten geräumt werden. Menschen, die nicht wegen Straftaten verurteilt wurden, werden wegen Posts in den sozialen Medien ausgewiesen oder sogar ausgebürgert. Einzelne Journalisten werden per EU-Ratsbeschluss

ohne rechtsstaatliches Verfahren sanktioniert und umfassend entrechtet. Viele Geflüchtete werden infolge der GEAS-Reform faktisch inhaftiert – aus dem alleinigen Grund, dass sie einen Asylantrag in einem anderen Mitgliedstaat gestellt haben oder ihnen aufgrund ihrer Herkunft pauschal geringere Anerkennungschancen unterstellt werden. Bundesinnenminister Dobrindt ignoriert Gerichtsentscheidungen, um an offenkundig rechtswidrigen Grenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden festzuhalten. Damit schwächt er die Gewaltenteilung und eine effektive gerichtliche Kontrolle der Regierung in gefährlicher Weise. Eine mögliche AfD-Regierung wird hieran nahtlos anknüpfen können.

Angriffe auf die Demokratie finden auch im Arbeitsrecht und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge statt. Rechte, die die Arbeiterbewegung erkämpft hat, wie den Achtstundentag, stellt die Bundesregierung offen in Frage. Parallel greift sie den Sozialstaat an, stellt Menschen, die Sozialleistungen beziehen, unter Generalverdacht und kürzt rigoros bei jenen, die am dringendsten auf Unterstützung angewiesen sind. Von den geplanten Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss, bei der Pflegeversicherung, dem Wohngeld, dem Kindersofortzuschlag usw. sind Millionen Menschen betroffen. Damit entzieht sie der Demokratie ihre materiellen Grundlagen. Denn Menschen, die um ihre Existenz oder ihren errungenen, meist bescheidenen Wohlstand bangen müssen, sind für rechte Parolen besonders anfällig.

Seit Jahrzehnten werden Menschen, die sich für ein unabhängiges und demokratisches Kurdistan einsetzen, mit dem Vorwurf der angeblichen PKK-Unterstützung verfolgt. Unzählige Aktive saßen und sitzen deswegen oft jahrelang in Haft, Vereine oder Verlage wurden mit Verboten überzogen. Obwohl sich die PKK inzwischen aufgelöst hat und in der Türkei erste Anzeichen für einen möglichen Friedensprozess erkennbar werden, ändert die Bundesregierung ihre Politik nicht. Weiterhin leiden kurdische Aktive unter scharfer Repression. Derzeit sitzen laut kurdischen Initiativen mindestens sechs Menschen in Deutschland deswegen in Haft. Der kurdischen Freiheitsbewegung werden unter Berufung auf die Paragraphen 129a und 129b StGB grundlegende Rechte legaler Organisation und Publizistik vorenthalten. Das PKK-Verbot in Deutschland muss aufgehoben werden, die PKK von der Terrorliste gestrichen werden und die noch laufenden Strafverfahren in diesem Zusammenhang sind einzustellen. Die Kriminalisierung kurdischer kultureller und politischer Betätigungen in Deutschland muss ein Ende haben.

Unter den harmlos klingenden Begriffen „Staatsmodernisierung“ und „Bürokratierückbau“ arbeitet die Bundesregierung daran, Unternehmen einen Freifahrtschein auszustellen. Sie plant die pauschale Abschaffung von Dokumentations- und Berichtspflichten für Unternehmen, die Wiederfeinführung soll dann allein der Exekutive obliegen. Wo immer sie kann, will die Bundesregierung die Pflicht zur Bestellung von betrieblichen Beauftragten abschaffen. Anträge sollen zukünftig nach einem gewissen Zeitablauf automatisch als genehmigt gelten, bei gleichzeitigem Abbau des Behördenpersonals um acht Prozent. Große Projekte können dann ohne inhaltliche Prüfung genehmigt werden,

und es wird noch schwieriger bzw. unmöglich für Aufsichtsbehörden, nachzuvollziehen, ob sich Unternehmen an gesetzliche Vorschriften im Bereich Arbeitsschutz, Umweltstandards und Grundrechte halten.

Die einzelnen Maßnahmen unterscheiden sich, weisen aber in dieselbe Richtung: Staatliche Eingriffsbefugnisse werden ausgeweitet, während demokratische Kontroll-, Freiheits- und Teilhaberechte demontiert werden.

Nicht nur die AfD macht rechte Politik

Die AfD ist ein wesentlicher Treiber der Rechtsverschiebung. Sie tritt nach unten, spielt Gruppen mit ihrem Rassismus gegeneinander aus und inszeniert sich als Protestpartei. Gleichzeitig will sie die herrschenden Eigentumsverhältnisse unangetastet lassen. Den Gegensatz zwischen oben, also den Besitzenden, und unten, also denen, die ausgebeutet werden, deutet die AfD in einen Verteilungskonflikt zwischen „innen“ und „außen“ um. Für alle sozialen Probleme macht sie Migrant*innen oder Geflüchtete verantwortlich. Rhetorisch bereitet sie damit den Boden für rassistische Gewalt und massenhafte Deportationen, die sie unter dem rechtsextremen Kampfbegriff der „Remigration“ auch zum Programm erklärt hat.

Woche um Woche hetzt die AfD gegen Geflüchtete, macht queere Menschen verächtlich und droht allen, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen, Gewalt an. Dass diese Hetze nicht folgenlos bleibt, zeigen Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, Prides, linke Kulturzentren und antifaschistische Kommunalpolitiker*innen.

Die AfD ist mit Abstand die reaktionärste Partei im Bundestag. Wenn sie auf Länder- oder perspektivisch auf Bundesebene in Regierungsverantwortung käme, würde sich nicht nur die Situation angefeindeter Minderheiten und Bevölkerungsgruppen, sondern auch die Lage der arbeitenden und armen Bevölkerung drastisch verschlechtern. Besonders marginalisierte Menschen müssen um ihre Existenz fürchten. Wir dürfen aber die Augen nicht davor verschließen, dass auch die Bundesregierung, also Union und SPD, rechte Politik machen. Auch sie bedienen sich rassistischer Narrative – zu denken ist an etliche rassistische Ausfälle des Bundeskanzlers –, auch sie treten verbal nach unten, auch sie machen Politik für die Reichen, während sie bei den Armen kürzen und Milliarden in Rüstung stecken.

In der Asylpolitik und im Umgang mit der palästinensolidarischen und antifaschistischen Bewegung wird derzeit ausprobiert, wie weit sich Grundrechte und rechtsstaatliche Errungenschaften aushöhlen lassen. Gelingt dies ohne nennenswerten Widerstand, werden dieselben Instrumente später auch gegen andere Gruppen eingesetzt. Wem Grundrechte etwas wert sind, der muss sie jetzt verteidigen.

In Sachsen-Anhalt stellt sich in den nächsten Tagen und Wochen ganz konkret die Frage der Machtübernahme durch die AfD, die dort in Umfragen bei über 40 Prozent liegt. In Mecklenburg-Vorpommern ist die AfD mit rund 36 Prozent stärkste Kraft und von großem Einfluss, auch wenn eine Regierung gegen sie dort noch möglich ist. Beide Länder sind ein Brennglas: Was sich hier zeigt, trifft zuerst den Osten, ist aber ein Blick

in eine Zukunft, die auch westdeutschen Ländern bevorstehen kann. Die Gefahr ist dabei nicht die einzelne Maßnahme, sondern ihr Zusammenwirken. Eine AfD-Regierung würde die bestehenden Repressionsinstrumente nutzen und weit darüber hinausgehen, um sie gegen alle zu richten, die nicht in ihr Weltbild passen.

Die Linke leistet Widerstand gegen den autoritären Umbau

Unser Widerstand richtet sich gegen rechte Politik, egal von welcher Partei sie vorangetrieben wird. An Überwachung, dem Abbau von Grundrechten und Sozialkahlschlag beteiligen wir uns nicht. Auf die autoritäre Zuspitzung reagieren wir mit einer Offensive für Demokratie. Wir verteidigen die Meinungs-, Versamlungs- und Wissenschaftsfreiheit. Wir kämpfen gegen Überwachung und für demokratische Kontrolle staatlicher Behörden. Wir wollen das Wahlrecht erweitern und Demokratiebildung verlässlich fördern, statt Projekte auszutrocknen. Demokratie denken wir nicht formal, sondern substantiell. Wir wollen nicht beim Status Quo stehen bleiben, sondern mehr Rechte und soziale Gleichheit erkämpfen. Unsere Haltung ist klar. Wir tun alles, um absolute Mehrheiten der AfD zu verhindern: im Parlament und außerhalb. Für uns ist gleichzeitig klar, dass wir uns darauf vorbereiten an der Seite derjenigen zu stehen, die von einer entrechtenden Politik betroffen sein werden. Wir stehen an der Seite derer, die es zuerst trifft, ob in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern oder überall dort, wo die Rechte nach der Macht greift. Und wir stehen an der Seite all derer, die daraufsetzen, dass es eine Partei gibt, die sich dem sozialen Kahlschlag und der Entrechtung entgegenstellt.